

BAUER Rosemarie, Fachschuldirektorin, Hollabrunn

Partei: Österreichische Volkspartei

Wahlkreis 3A (Weinviertel)

Eintritt in den Nationalrat und
Angelobung 1 5

Berufen zur vorläufigen Schriftführerin am 15.01.1996 1 4

Gewählt zur Schriftführerin am 15.01.1996 1 22–23

Gewählt in folgende Ausschüsse bzw. Unterausschüsse:

Außenpolitischer Ausschuß (Ersatzmitglied) am 15.01.1996

Familienausschuß (Mitglied) am 15.01.1996

Zur Obfraustellvertreterin gewählt in der Ausschußsitzung am 15.01.1996
(Innehabung der Funktion bis 18.03.1996)

Finanzausschuß (Ersatzmitglied) am 15.01.1996

Ausscheiden am 15.03.1996

Geschäftsordnungsausschuß (Ersatzmitglied) am 15.01.1996

Unterausschuß des Gesundheitsausschusses zur Vorbehandlung folgender
Verhandlungsgegenstände:

Antrag der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen betreffend
Moratorium für Freisetzungsanträge von gentechnisch veränderten Organismen
(186/A(E))

Antrag der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend ein Bundesgesetz,
mit dem das Bundesgesetz, mit dem Arbeiten mit gentechnisch veränderten Organismen,
das Freisetzen und Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen und die
Anwendung von Genanalyse und Gentherapie am Menschen geregelt werden
(Gentechnikgesetz - GTG) und das Produkthaftungsgesetz, BGBl. Nr. 510/1994,
geändert wird (192/A)

Antrag der Abgeordneten Ing. Monika Langthaler und Genossen betreffend ein
Bundesgesetz, mit dem das Gentechnikgesetz geändert wird (207/A)

Antrag der Abgeordneten Ing. Monika Langthaler und Genossen betreffend ein
Bundesgesetz, mit dem das Gentechnikgesetz geändert wird (208/A)

Antrag der Abgeordneten Ing. Monika Langthaler und Genossen betreffend ein
Bundesgesetz, mit dem das Lebensmittelgesetz geändert wird (206/A)

Antrag der Abgeordneten Klara Motter und Genossen betreffend Haftungsregeln für
Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen (213/A(E))

Antrag der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen betreffend ein
Bundesgesetz, mit dem Arbeiten mit gentechnisch veränderten Organismen, das
Freisetzen und Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen und die
Anwendung von Genanalyse und Gentherapie am Menschen geregelt werden
(Gentechnikgesetz - GTG), geändert wird (399/A)
(Mitglied) am 29.04.1997

Dem Unterausschuß wurde am 28.05.1997 noch die Vorbehandlung des folgenden Verhandlungsgegenstandes übertragen:

Antrag der Abgeordneten Mag. Thomas Barmüller und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gentechnikgesetz 1994 geändert wird (452/A)

Dem Unterausschuß wurde am 25.06.1997 noch die Vorbehandlung des folgenden Verhandlungsgegenstandes übertragen:

Bürgerinitiative betreffend "Gentechnologie - nein danke!" (6/BI)

Ausscheiden am 14.06.1998

Gesundheitsausschuß (Mitglied) am 15.01.1996

Unterausschuß des Gleichbehandlungsausschusses zur Vorbehandlung folgender Verhandlungsgegenstände:

Frauen-Volksbegehren (716 d.B.)

Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das B-VG geändert wird (*Gleichheitssatz*) (545/A)

Antrag der Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend Frauen -

Erwerbstätigkeit, Kindererziehung, Frauenpensionen (330/A(E))

Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird (*Sicherstellung der sprachlichen Gleichstellung von Mann und Frau in Gesetzgebung, Vollziehung und Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes*) (370/A)

Antrag der Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend erste Maßnahmen zur Umsetzung des Frauen-Volksbegehrens zur partnerschaftlichen Gestaltung des Pensionsrechts (462/A(E))

Antrag der Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend erste Maßnahmen zur Umsetzung des Frauen-Volksbegehrens zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie (463/A(E))

Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend eine Berichtslegungspflicht aller Betriebe zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern sowie zur Förderung von Frauen und die Sanktionierung einer Verletzung dieser Pflicht durch Nichtberücksichtigung bei der öffentlichen Auftragsvergabe sowie bei der Vergabe von öffentlichen Förderungen (480/A(E))

Antrag der Abgeordneten Karl Öllinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das Karenzgeldgesetz, das Eltern-Karenzurlaubsgesetz und das Karenzurlaubszuschußgesetz geändert werden (503/A)

Antrag der Abgeordneten Ridi Steibl und Genossen betreffend Unternehmen Haushalt - neue Arbeitsplätze schaffen (509/A(E))

Antrag der Abgeordneten Rosemarie Bauer und Genossen betreffend Verbesserung der Anrechnung der Kindererziehungszeiten (*Pensionsbegründung und -bemessung*) (510/A(E))

Antrag der Abgeordneten Edeltraud Gatterer und Genossen betreffend die Neubewertung der Arbeit (*geschlechtsunabhängige Kriterien zum Abbau der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern*) (511/A(E))

Antrag der Abgeordneten Rosemarie Bauer und Genossen betreffend die flexiblere Gestaltung der Karenzzeit (512/A(E))

Antrag der Abgeordneten Dr. Gertrude Brinek und Genossen betreffend Neuregelung der Pensionsauszahlung bei aufrechter Ehe und anteiliger Pensionsanspruch im Scheidungsfall (518/A(E))

Antrag der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac und Genossen betreffend Finanzierung von Ersatzzeiten und Erhöhung des für die Kindererziehung vorgesehenen pensionserhöhenden Betrages (531/A(E))

- 3 -

Antrag der Abgeordneten Dr. Ilse Mertel und Genossen betreffend EU-Richtlinie 96/34/EG zur Umsetzung der von den Europäischen Sozialpartnern abgeschlossenen Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub (532/A(E))
(Mitglied) am 30.09.1997

Zur Obfraustellvertreterin gewählt in der Unterausschußsitzung am 30.09.1997

Unterausschuß des Gleichbehandlungsausschusses zur Vorbehandlung folgender Verhandlungsgegenstände:

Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz, das Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates, das Klubfinanzierungsgesetz 1985, das Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984 und die Nationalrats-Wahlordnung 1992 geändert werden (Förderung der Beteiligung von Frauen am politischen Leben) (146/A)
Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird (*Förderung der Beteiligung von Frauen am politischen Leben*) (147/A)
(Obfraustellvertreterin) am 05.12.1996

Mitglied am 25.10.1997

Gleichbehandlungsausschuß (Mitglied) am 15.01.1996

Zur Obfraustellvertreterin gewählt in der Ausschußsitzung am 15.01.1996

Industrierausschuß (Mitglied) am 15.01.1996

Ausscheiden am 15.03.1996

Unterausschuß des Justizausschusses zur Vorbehandlung folgender Verhandlungsgegenstände:

Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch, die Strafprozeßordnung, das Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz, das Bewährungshilfegesetz, das Tilgungsgesetz, das Strafregistergesetz, das Suchtgiftgesetz, das Lebensmittelgesetz und das Sicherheitskontrollgesetz geändert werden (Strafrechtsänderungsgesetz 1996) (33 d.B.)
Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Ofner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozeßordnung 1975 geändert wird (79/A)
Antrag der Abgeordneten Dr. Liane Höbinger-Lehrer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozeßordnung 1975 geändert wird (80/A)
(Mitglied) am 27.03.1996

Justizausschuß (Mitglied) am 15.01.1996

Kulturausschuß (Mitglied) am 15.01.1996

Ausscheiden am 14.03.1996

Ausschuß für Petitionen und Bürgerinitiativen (Ersatzmitglied) am 15.01.1996

Rechnungshofausschuß (Ersatzmitglied) am 15.01.1996

Unterausschuß des Familienausschusses zur Vorbehandlung folgender Verhandlungsgegenstände:

Dritter Bericht des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie zur Lage der Jugend in Österreich (III-182 d.B.)

Petition betreffend Jugendvolksbegehren (Junge ÖVP, Wien) überreicht vom Abgeordneten Werner Amon (46/PET)
Petition betreffend Jugendschutz- und Jugendförderungsgesetze (Sozialistische Jugend
Schwertberg) überreicht von den Abgeordneten Gabriele Binder und Genossen
(44/PET)
(Mitglied) am 11.05.1999

Unterrichtsausschuß (Ersatzmitglied) am 15.01.1996

Ausscheiden am 14.03.1996

Unvereinbarkeitsausschuß (Ersatzmitglied) am 15.01.1996

Ausscheiden am 14.03.1996

Verfassungsausschuß (Mitglied) am 15.01.1996

Ausscheiden am 24.04.1996

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung (Ersatzmitglied) am 15.01.1996

Besonderer Ausschuß zur Vorberatung des Gentechnik-Volksbegehrens
(Ersatzmitglied) am 10.07.1997

Berichterstatter in der Verhandlung über:

Bundesgesetz, mit dem das Rechnungshofgesetz 1948 geändert wird (16 d.B.) **5** 56

Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher
Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, geschlossen in Lugano am 16. September
1988, samt Protokollen und Erklärungen sowie Erklärung der Republik Österreich (34 d.B.)
20 155

Außenpolitischer Bericht 1997 der Bundesregierung (III-133 d.B.) **133** 124

Redner in der Verhandlung über:

Erste Lesung: Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr
1996 (Bundesfinanzgesetz 1996 - BFG 1996) (70 d.B. und Zu 70 d.B.) und Erste Lesung:
Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1997
(Bundesfinanzgesetz 1997 - BFG 1997) (71 d.B. und Zu 71 d.B.) **14** 74–76

Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (72 d.B. und Zu 72 d.B.):
Strukturanpassungsgesetz 1996 (Beratungsgruppe Finanzen - Artikel 39 bis 67) (95 d.B.)
16 63–64

Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (70 d.B.): Bundesfinanzgesetz
für das Jahr 1996 samt Anlagen (Beratungsgruppe Oberste Organe und
Bundeskanzleramt/Frauenangelegenheiten) (96 d.B.) und Bericht des Budgetausschusses
über die Regierungsvorlage (71 d.B. und Zu 71 d.B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr
1997 samt Anlagen (Beratungsgruppe Oberste Organe und
Bundeskanzleramt/Frauenangelegenheiten) (97 d.B.) **17** 77–80

Bericht des Familienausschusses über die Regierungsvorlage (188 d.B.): Bundesgesetz, mit
dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird und über die

Regierungsvorlage (220 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, sowie über den Antrag 220/A der Abgeordneten Dr. Ilse Mertel und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Strukturanpassungsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, geändert wird (232 d.B.), Bericht des Familienausschusses über den Antrag 24/A(E) der Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (234 d.B.), Bericht des Familienausschusses über den Antrag 150/A der Abgeordneten Peter Rosenstingl und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird (235 d.B.) und Bericht des Familienausschusses über den Antrag 176/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Udo Grollitsch und Genossen betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der vom Strukturanpassungsgesetz zum Familienlastenausgleichsgesetz massiv betroffenen Studenten (236 d.B.) **35** 267–268

Dringlicher Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Maria Theresia Fekter, Dr. Peter Kostelka und Genossen betreffend Schutz unserer Kinder (*durch strafrechtliche und sicherheitsbehördliche Maßnahmen gegen Kinderpornographie*) (280/A(E)) **37** 117–119

Bericht des Familienausschusses über den Antrag 9/A(E) der Abgeordneten Dr. Volker Kier und Genossen betreffend Umstrukturierung der Transferleistungen im Familienbereich (233 d.B.) **40** 177–179

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (252 d.B.): Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie (407 d.B.) **47** 115–116

Bericht des Gleichbehandlungsausschusses betreffend den Bericht (III-22 d.B.) über die Vollziehung des Gleichbehandlungsgesetzes im Jahr 1994, vorgelegt von der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und vom Bundesminister für Arbeit und Soziales (401 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Bericht (III-37 d.B.) über die Vollziehung des Gleichbehandlungsgesetzes im Jahr 1995, vorgelegt von der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und vom Bundesminister für Arbeit und Soziales (402 d.B.) und Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Gleichbehandlungsbericht (VII/1990 - VI/1995), vorgelegt vom Bundesminister für Arbeit und Soziales gemeinsam mit der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten (403 d.B.) **48** 189–190

Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (*Tagesmütter/Tagesväter*) (265/A) **49** 101–102

Aktuelle Stunde zum Thema "Sektenaufklärung in Österreich" (11/AS) **51** 21–22

Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Bericht (III-42 d.B.) der Bundesregierung betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen (BGBl. Nr. 837/1992) (549 d.B.) und Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Ersten Bericht (III-52 d.B.) der Bundesregierung über den Stand der Verwirklichung der Gleichbehandlung und Frauenförderung im Bundesdienst (Gleichbehandlungsbericht) (548 d.B.) **58** 118–120

Erklärung des Bundeskanzlers Mag. Viktor Klima anlässlich des Amtsantrittes der am 28.01.1997 ernannten Mitglieder der Bundesregierung (10/RGER) und Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 380/A der Abgeordneten Dr. Peter Kostelka, Dr. Andreas Khol und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (579 d.B.) **60** 96–97

Dringliche Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an die

Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz betreffend Frauen-Volksbegehren und Gentechnik-Volksbegehren (2234/J) **69** 29–30

Erste Lesung: Frauen-Volksbegehren (716 d.B.) **82** 55–58

Aktuelle Stunde zum Thema "Zukunftsorientierte Politik für unsere Familien" (21/AS) **93** 30–32

Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über die Regierungsvorlage (886 d.B.): Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetz 1997 (912 d.B.) **95** 86–87

Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (841 d.B. und Zu 841 d.B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1998 samt Anlagen

Beratungsgruppe I, Oberste Organe

Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

Kapitel 05 Volksanwaltschaft

Kapitel 06 Rechnungshof (Zu 841 d.B.) und

Beratungsgruppe II

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Kapitel 13 Kunst (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 71 Bundestheater (Zu 841 d.B.) **96** 30–32

Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (841 d.B. und Zu 841 d.B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1998 samt Anlagen

Beratungsgruppe XIII

Kapitel 18 Umwelt

Kapitel 19 Jugend und Familie (Zu 841 d.B.) **99** 84–85

Dringliche Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Umsetzung der Forderungen des Gentechnik-, Frauen- und Tierschutz-Volksbegehrens (3522/J) **106** 134–136

Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über die Regierungsvorlage (842 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Gleichbehandlungsgesetz geändert wird (1047 d.B.) und Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 470/A(E) der Abgeordneten Dipl.-Ing. Leopold Schögggl und Genossen betreffend Regionalisierung der Gleichbehandlungsanwaltschaft (1048 d.B.) **107** 74–77

Bericht des Gesundheitsausschusses über die Regierungsvorlage (1043 d.B.): Gesundheitsförderungsgesetz (1072 d.B.) und Bericht des Gesundheitsausschusses über die Regierungsvorlage (947 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung geändert wird (956 d.B.) **109** 140–141

Bericht des Umweltausschusses über die Regierungsvorlage (904 d.B.): Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalpark Thayatal GmbH (1074 d.B.) und Bericht des Umweltausschusses über die Regierungsvorlage (905 d.B.): Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich zur Errichtung und Erhaltung eines Nationalparks Thayatal samt Anlage (1075 d.B.) **109** 183–184

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Ing. Monika Langthaler und Genossen an den Bundeskanzler betreffend atompolitisches Versagen des Bundeskanzlers bezüglich grenznaher Atomanlagen, EU-Atompolitik und Atomwaffenfreiheit Österreichs (3835/J) **111**

41–44

Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über das Frauen-Volksbegehren (716 d.B.) (1113 d.B.), Bericht und Antrag des Gleichbehandlungsausschusses betreffend den Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) geändert wird (*Gleichstellung von Mann und Frau*) (1114 d.B.), Bericht und Antrag des Gleichbehandlungsausschusses betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsverfassungsgesetz geändert wird (1115 d.B.), Bericht und Antrag des Gleichbehandlungsausschusses betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 und das Eltern-Karenzurlaubsgesetz geändert werden (1116 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 545/A der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das B-VG geändert wird (*Gleichheitssatz*) (1117 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 330/A(E) der Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend Frauen - Erwerbstätigkeit, Kindererziehung, Frauenpensionen (1118 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 370/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird (*Sicherstellung der sprachlichen Gleichstellung von Mann und Frau in Gesetzgebung, Vollziehung und Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes*) (1119 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 462/A(E) der Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend erste Maßnahmen zur Umsetzung des Frauen-Volksbegehrens zur partnerschaftlichen Gestaltung des Pensionsrechts (1120 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 463/A(E) der Abgeordneten Edith Haller und Genossen betreffend erste Maßnahmen zur Umsetzung des Frauen-Volksbegehrens zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie (1121 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 480/A(E) der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend eine Berichtslegungspflicht aller Betriebe zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern sowie zur Förderung von Frauen und die Sanktionierung einer Verletzung dieser Pflicht durch Nichtberücksichtigung bei der öffentlichen Auftragsvergabe sowie bei der Vergabe von öffentlichen Förderungen (1122 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 503/A der Abgeordneten Karl Öllinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das Karenzgeldgesetz, das Eltern-Karenzurlaubsgesetz und das Karenzurlaubszuschußgesetz geändert werden (1123 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 663/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesvergabebezugsgesetz 1997 geändert wird (1124 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 688/A der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 geändert wird (1125 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 687/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend Neubewertung der Arbeit (1126 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 739/A(E) der Abgeordneten Maria Schaffenrath und Genossen betreffend steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten (1127 d.B.) und Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 724/A(E) der Abgeordneten Maria Schaffenrath und Genossen betreffend erhöhte steuerliche Absetzbarkeit von Betriebskindergärten (1128 d.B.) **116** 162–166

Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1099 d.B. und Zu 1099 d.B.): Budgetbegleitgesetz 1998 (1161 d.B.) und Bericht und Antrag des Budgetausschusses betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Studienförderungsgesetz 1992 geändert wird (1162 d.B.) **120** 144–145

Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1100 und Zu 1100 d.B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1999 samt Anlagen

Beratungsgruppe I

Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

Kapitel 05 Volksanwaltschaft

Kapitel 06 Rechnungshof (Zu 1100 d.B.) und

Beratungsgruppe II

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Kapitel 13 Kunst (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 71 Bundestheater (Zu 1100 d.B.) **121** 35–37

Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1100 und Zu 1100 d.B.):

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1999 samt Anlagen

Beratungsgruppe XIII

Kapitel 18 Umwelt

Kapitel 19 Jugend und Familie (Zu 1100 d.B.) **125** 31–32Aktuelle Stunde zum Thema "Gleiche Chancen den Frauen in Europa" (29/AS) **133** 24–25Aktuelle Stunde zum Thema "Kein Stillstand in der Justizpolitik" (34/AS) **149** 35–36

Antrag der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen auf Fristsetzung zur Berichterstattung über den Antrag 146/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz, das Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates, das Klubfinanzierungsgesetz 1985, das Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984 und die Nationalrats-Wahlordnung 1992 geändert werden (*Förderung der Beteiligung von Frauen am politischen Leben*), und über den Antrag 147/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird (*Förderung der Beteiligung von Frauen am politischen Leben*) (178/GO) **152** 112–113

Aktuelle Stunde zum Thema "Karenzgeld für alle - ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit" (36/AS) **154** 21–23

Aktuelle Stunde zum Thema "Umsetzung des Frauenvolksbegehrens - Verbesserung der Karenzmöglichkeiten" (37/AS) **156** 44–46

Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Gemeinsamen Bericht (III-168 d.B.) über die Vollziehung des Gleichbehandlungsgesetzes 1997, vorgelegt von der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz und von der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales (1604 d.B.) **161** 213–214

Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Maria Schaffenrath, Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 1991 geändert wird (979/A) **161** 229

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (1653 d.B.):
Eherechts-Änderungsgesetz 1999 (1926 d.B.) **174** 67–68

Bericht des Familienausschusses über den Dritten Bericht (III-182 d.B.) des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie zur Lage der Jugend in Österreich (1965 d.B.), Bericht des Familienausschusses über die Petition (PET-46) betreffend Jugendvolksbegehren, überreicht vom Abgeordneten Werner Amon (1966 d.B.) und Bericht des

Familienausschusses über die Petition (PET-44) betreffend Jugendschutz- bzw. Jugendförderungsgesetze, überreicht von den Abgeordneten Gabriele Binder und Genossen (1967 d.B.) **176** 127–128

Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über die Regierungsvorlage (1831 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten (UOG 1993), das Universitäts-Organisationsgesetz, das Kunsthochschul-Organisationsgesetz, das Akademie-Organisationsgesetz 1988, das Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste, das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 geändert werden (1915 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 906/A(E) der Abgeordneten Maria Schaffenrath und Genossen betreffend Maßnahmen zur Erleichterung der Väterkarenz (1916 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 951/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979 und das Eltern-Karenzurlaubsgesetz 1989 geändert werden (1917 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 920/A(E) der Abgeordneten Dr. Volker Kier und Genossen betreffend geschlechtergerechten Sprachgebrauch in Verordnungen (1918 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 1039/A der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovic und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktservicegesetz 1994 geändert wird (1919 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 716/A der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das B-VG geändert wird (1920 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 146/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz, das Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates, das Klubfinanzierungsgesetz 1985, das Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984 und die Nationalrats-Wahlordnung 1992 geändert werden (*Förderung der Beteiligung von Frauen am politischen Leben*) (1921 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 147/A der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird (1922 d.B.), Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Zweiter Bericht (III-179 d.B.) der Bundesregierung über den Stand der Verwirklichung der Gleichbehandlung und Frauenförderung im Bundesdienst (Gleichbehandlungsbericht) gemäß § 53 Bundes-Gleichbehandlungsgesetz; Berichtszeitraum: 1. Jänner 1996 bis 1. Juli 1997 (1814 d.B.) und Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 959/A(E) der Abgeordneten Maria Schaffenrath und Genossen betreffend Gründer/innenoffensive (1815 d.B.) **176** 185–186

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Dr. Heide Schmidt und Genossen an den Bundeskanzler betreffend das Versprechen des Bundeskanzlers, er werde sich dafür einsetzen, daß das Frauen-Volksbegehren "Punkt für Punkt umgesetzt wird" (Der Standard, 21.05.1997) (6543/J) **178** 44–47

Bericht des Bautenausschusses über die Regierungsvorlage (1969 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird (2060 d.B.) und Bericht des Bautenausschusses über den Antrag 847/A(E) der Abgeordneten Andreas Wabl und Genossen betreffend den Bau der Bundesstraße B 67b (*Eggenberger Gürtel Straße*), Kalvariengürtel, Kalvarienbrücke-Grabenstraße (Nordspange Graz) in Graz, Steiermark, Aufhebung der Verordnung (2061 d.B.) **181** 169–170

Selbständige **Anträge** betreffend

Weiterentwicklung des Rechtes der Europäischen Union um den Grundsatz der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern (175/A(E))

NationalratEinbringung **17** 10Zuweisung an den Verfassungsausschuß **18** 5Verbesserung der Anrechnung der Kindererziehungszeiten (*Pensionsbegründung und -bemessung*) (510/A(E))**Nationalrat**Einbringung **80** 9Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuß **81** 35

Zurückziehung am 01.04.1998

Mitteilung der Zurückziehung (Zu 510/A(E)) **115** 60

die flexiblere Gestaltung der Karenzzeit (512/A(E))

NationalratEinbringung **80** 9Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuß **81** 35

Zurückziehung am 01.04.1998

Mitteilung der Zurückziehung (Zu 512/A(E)) **115** 60

Versorgungsausgleich zwischen Ehegatten (Pensionssplitting) (743/A(E))

NationalratEinbringung **115** 6Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuß **116** 15

"Unternehmen Haushalt - neue Arbeitsplätze schaffen" (744/A(E))

NationalratEinbringung **115** 6Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuß **116** 15**Unselbständige Entschließungsanträge betreffend**Maßnahmen gegen die grenznahen kerntechnischen Anlagen in Dukovany und Temelin (457/UEA) **111** 43–44Annahme der Entschließung (106/E) **111** 72**Schriftliche Anfragen betreffend**Förderung des Projektes CHANCEN-HEUTE - ADA'RESS (*zur Förderung von Frauen in Unternehmen*) im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative ADAPT (185/J 28.02.1996)

Beantwortet von Bundesminister Franz Hums (70/AB 27.03.1996)

Familientransfermodell des Liberalen Forums (3308/J 12.11.1997)

Beantwortet von Bundesminister Dr. Martin Bartenstein (3081/AB 11.12.1997)

Funksituation im nördlichen Niederösterreich (3688/J 25.02.1998)

Beantwortet von Bundesminister Mag. Karl Schlögl (3610/AB 09.04.1998)

Vorgangsweise auf Grund der Sachverhaltsdarstellung der NÖ. Landesregierung gegen "Freies Wohnen Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft mbH" (4626/J 07.07.1998)

Beantwortet von Bundesminister Dr. Nikolaus Michalek (4342/AB 27.08.1998)

Verhalten des Leiters des nö. Grenzpostens Mitterretzbach (5240/J 26.11.1998)

Beantwortet von Bundesminister Mag. Karl Schlögl (4901/AB 18.01.1999)

Mündliche Anfragen betreffend

geplante Maßnahmen im Bereich des Familien- und Scheidungsrechts (174/M) **105** 28

Beantwortet von Bundesminister Dr. Nikolaus Michalek **105** 29–31

Mündliche Anfrage der Abgeordneten Rosemarie Bauer (ÖVP)

an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz Mag. Barbara Prammer

Halten Sie die Forderung des Frauenvolksbegehrens, wonach nur Unternehmen, die eine 50 %ige Frauenquote aufweisen, Förderungen und öffentliche Aufträge erhalten sollen, nach wie vor als geeignetes Mittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für Frauen? (198/M)

Zurückziehung am 07.05.1998

Zusatzfragen zu den mündlichen Anfragen der Abgeordneten

Mag. Terezija Stoisits betreffend Entkoppelung der Verschuldens- von der Unterhaltsfrage im Scheidungsrecht (180/M) **94** 18

Beantwortet von Bundesminister Dr. Nikolaus Michalek

Edith Haller betreffend "Karenzgeld für alle" (232/M) **146** 24–25

Beantwortet von Bundesministerin Eleonora Hostasch

Mag. Dr. Heide Schmidt betreffend Vorkehrungen im Bundesministerium für Justiz bezüglich des Jahr-2000-Computerproblems (280/M) **180** 20

Beantwortet von Bundesminister Dr. Nikolaus Michalek